

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2016

Einzelplan / Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Vogt	Stadtrat Steinhilber	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
Auswirkungen auf alle Unterabschnitte													
		4000	Personalausgaben	66.336.290		-5,0 AK	-100.000	-8,95 AK	Übernahme der Azubis für 1 Jahr +199.950 +20,0 AK +Ausfallquote Kita				<p>CDU: 5 Stellen sollen nicht verwirklicht werden, davon ausgenommen sind "unabwendbare " Stellen wie z.B. bei Flüchtlingen. 2017 kein Stellenzuwachs.</p> <p>SPD: Einsparungen durch Fluktuation waren in den letzten Jahren jeweils höher ausgefallen</p> <p>Tübinger Liste: Maximale Erhöhung der Stellen auf 4,0 AK im Haushalt, davon 1 AK konkrete Einsparungen (siehe Stellenplan)</p> <p>Linke: Bewilligung der von den Fachabteilungsleiter/innen eingeforderten 20 Stellen. Darüber hinaus weitere Stellenschaffungen (siehe Stellenplan) Übernahme aller Auszubildenden mindestens 1 Jahr mit Vollbeschäftigung und Gehaltseingruppierung entsprechend der Tätigkeit. Begründung: Die Zeit nach der Ausbildung ist für junge Menschen wichtig, um Zukunft gestalten zu können – ohne Abhängigkeit vom Elternhaus.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Bei den von der Verwaltung beantragten Stellenneuschaffungen handelt es sich grundsätzlich nur um Stellen, für die bereits Gemeinderatsbeschlüsse vorliegen oder um unabweisbare Aufgaben (siehe Vorlage 801/2015). Eine weitere Stellenreduzierung bzw. eine allgemeine Budgetkürzung kann von den Fachbereichen nicht mehr aufgefangen werden. Die Fluktuationsgewinne wurden bereits durch die einzelnen Organisationseinheiten bei den Personalausgaben gekürzt.</p>
		5460	Reinigungsvergabe, Aushilfsreinigung	1.747.190					-1.747.190				<p>Linke: Fremdvergaben im Reinigungsbereich in die städtische Eigenreinigung zurückführen</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Antrag bewirkt eine Haushaltsbelastung</p>
Epl. 0	0015		Familie										
121	0015	7XXX	Zuschuss für freiberufliche Hebammen						+15.000				<p>Linke: Finanzielle Unterstützung der in Tübingen freiberuflich tätigen Hebammen durch die Stadt durch Bezuschussung von 100 € pro Geburt im Geburtshaus oder bei der Hausgeburt.</p>

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2016

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Vogt	Stadtrat Steinhilber	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
Epl. 0	0000		Gemeindeorgane										
129	0000	5710	Videoaufzeichnung Gemeinderatsitzungen	0			+5.000				+40.000		SPD: Ermöglichung der Übertragung von Sitzungen; Sperrvermerk Bericht im VA Vogt: Einführung des Streamens von Gemeinderatsitzungen gemäß Mitteilung 533b/2014 Die Verwaltung wollte das bisher nicht, hat aber die Kosten bezziffert
129	0000	6500	Geschäftsausgaben	5.800									Linke: Das Tübinger Gemeinderatsinformationssystem wird aktualisiert allen Gemeinderäten auf DVD zur Verfügung gestellt (alle Unterlagen von 1991 bis heute nach Möglichkeit) Hinweis der Verwaltung: Alle Protokolle der öffentlichen Sitzungen inklusive der Vorlagen bis 2010 stehen dem Gemeinderat bereits zur Verfügung, alle Unterlagen seit 2014 können im Ratsinformationssystem abgerufen werden. Die fehlenden Jahre 2011 bis 2013 erhalten die Fraktionen voraussichtlich Mitte 2016.
Epl. 0	0240		Öffentlichkeitsarbeit										
135	0240	6300	Öffentlichkeitsarbeit und Internet	55.000									Linke: Die Gemeinderatsprotokolle und alle Vorlagen (Ausnahme: Personalsachen und Angebotsdetails) werden ins Internet gestellt. Hinweis der Verwaltung: Alle Tagesordnungen, Vorlagen und Beratungsergebnisse können bereits entsprechend der Vorgaben von § 41 b GemO im Internet abgerufen werden.
Epl. 0	0310		Fachabteilung Haushalt und Betriebswirtschaft										
153	0310	4000	Personalausgaben	745.450				-43.650					Tübinger Liste: -1,0 AK. Die Stelle im Finanzbereich für die Durchleuchtung der Verwaltung und ihrer Eigen- und Beteiligungsunternehmen auf Umsatzsteuerproblematiken sehen wir extrem kritisch. Ein/e Mitarbeiter/in, zumal in der Stelleneinordnung kann dieses Problem nicht kompetent lösen. Das klingt eher nach einem Projekt mit externen Beratung und Beteiligten aus allen städtischen Einheiten. Hinweis der Verwaltung: siehe Vorlage 816/2015 Stellenbesetzung Unternehmenssteuer

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2016

Einzelplan / Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	lt. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Vogt	Stadtrat Steinhilber	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
Epl. 0	0550		Gleichstellung und Integration										
160	0550	7000	Zuschüsse an Vereine	367.850	davon 10.000				+10.000	+1.500 +10.000			<p>AL/Grüne: Bruderhaus Diakonie Reutlingen in Kooperation mit Netzwerk Antidiskriminierung e. V. Region Reutlingen/Tübingen und dem Runden Tisch Antidiskriminierung Tübingen: Beitrag zur Ko-Finanzierung des vom Land Baden Württemberg geförderten Projekts "Aufbau eines Antidiskriminierungsbüro" 2015 wurden 5.000 € aus laufendem Budget zur Verfügung gestellt.</p> <p>SPD: Zuschuss für russischer Verein Integration und Kultur 1.500 € Netzwerk Antidiskriminierung Reutlingen Tübingen/Runder Tisch Antidiskriminierung 10.000 € <u>Sperrevermerk</u> Bericht im VA</p> <p>Linke: Runden Tisch Antidiskriminierung 10.000 € für die Beratungs- und Fortbildungsarbeit im Bereich Diskriminierung</p>
161	0550	7171	Zuschuss an Brüderhaus-Diakonie; GikBo	30.000				+0					<p>Tübinger Liste: Gesamtaufwand Personal 60.000 €, davon vorübergehend nur 30.000 € bei Stadt plus Sachkosten, in Summe 82.000 € (netto 52.000 €) Die Fördermittel sind auf 2 Jahre begrenzt. Wir haben große Bedenken, dass hier erneut Doppelstrukturen geschaffen werden für Aufgaben, die in der Vergangenheit an vielen Stellen innerhalb und außerhalb der Verwaltung bereits betreut wurden und weiter betreut werden. Wir verfestigen damit eine zusätzliche städtische Struktur.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Berufswahl und Übergang Schule-Beruf sind zentrale gleichstellungs- und integrationspolitische Themen. GikBo schafft keine Doppelstrukturen. Es ist ein modellhaftes zweijähriges Projekt mit Schwerpunkt Berufsorientierung von 13-15 jährigen Mädchen und Jungen (und ihrer Eltern) in Internationalen Vorbereitungsklassen. 2016 und 2017 ist die Finanzierung einer 0,5 Personalstelle (30.000 €) bei der Stadt vorgesehen vorbehaltlich der Finanzierung einer weiteren 0,5 Personalstelle durch das Land. 2016 keine zusätzlichen Sachkosten für die Stadt, da 10.000 € Übertrag aus HH 1.0550.5754.000 (zweckgebundene Spendenmittel) und 6.000 € über Eigenmittel der Bruderhaus Diakonie. 6.000 € Sachkosten entfallen (UKT). 2017 sollen alle Sachkosten wieder über Spenden und Eigenmittel der Bruderhaus Diakonie abgedeckt werden.</p>

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2016

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Vogt	Stadtrat Steinhilber	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
Epl. 0	0610		Fachabteilung Informationstechnik										
162	0610	alle	Fachabteilung Informationstechnik	4.250.500		-210.000		-50.000					<p>CDU: Einsparung von 5% vom Gesamtansatz 4,25 Mio. €</p> <p>Tübinger Liste: Aufgabe der längerfristigen Haushaltskonsolidierung betrifft diesen jährlich überproportional in den Kosten steigenden Bereich. Die Aufgaben sind strukturell (bis auf kleiner Sonderbelastungen wie Interimsstandorte Verwaltung) nicht gewachsen. Die Unit-Kosten der EDV Leistung haben sich in den letzten Jahren aber im Markt weiter gesenkt (insbesondere bei Verlagerung der auslagerbaren Bereiche wie Speicherung und Datensicherung, Serverbetrieb etc.).</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Sperrvermerk im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt; Sperrvermerk wird wie folgt aufgeteilt: 1.0610.6510.000 Lizenzkosten 100.000€ 2.0610.9352.000 Anschaffung Hardware 50.000€ 2.0610.9354.000 Erweiterung/Erneuerung Datennetz 50.000€ Freigabe im VA; Kostendarstellung mit Vorlage im 1. HJ 2016</p>
Epl. 1	1200		Umwelt- und Klimaschutz										
181	1200	4000	Personalausgaben	244.880	+32.000	-30.000							<p>AL/Grüne: 1/2 Stelle Beauftragte/r für nachhaltige Mobilität bei Umwelt- und Klimaschutz</p> <p>CDU: Stelleneinsparung 1/2 Stelle wegen Streichung des Projekts Biodiversität</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Der Personaleinsatz für das Förderprogramm Biodiversität liegt in etwa bei einer 3%-Stelle</p>
181	1200	5752	Förderung von Projekten zur Nachhaltigkeit	9.000	+30.000								<p>AI/Grüne: Abwracken von alten Kühlgeräten für finanzschwache Haushalte (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung oder Wohngeld...) Zuschuss an diese Haushalte bei Neubeschaffung von effizienten Geräten die Energie, CO₂ und damit auch Geld für die Nutzer sparen. Diese werden aber mangels Geld, diese sinnvolle Anschaffung sonst nicht machen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Finanzierung über "Deckungsreserve Klimaschutz" Haushaltsstelle 1.9100.8500.000</p>
181	1200	7000	Zuschuss für Umwelt- und Naturschutz	28.500	+8.500				+2.500				<p>AL/Grüne: Erhöhung Sachmittelzuschuss auf 90% wie im Vorjahr 2015</p> <p>SPD: Keine Kürzung im Zuschussbereich gegenüber Vorjahr</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Zur Aufstockung auf 90% sind 4.000 € ausreichend</p>

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2016

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	lt. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Vogt	Stadtrat Steinhilber	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
181	1200	7002	Förderung Biodiversität	10.000		-10.000	-10.000	-10.000					CDU: Streichung des Projekts SPD: Förderung sowieso durchgeführter Maßnahmen, hoher Verwaltungsaufwand "nice to have" Tübinger Liste: Es ist nach dem Zwischenbericht ein Programm ohne nachhaltige Wirkung bei hohem Verwaltungsaufwand. Leute lassen sich bezuschussen, was sie ohnehin tun
Epl. 2	2900		Schülerbeförderung										
232	2900	6390	Schülerbeförderungskosten	270.000					Betrag nicht bezahlbar				Linke: Absenkung der Schülertickets im städtischen Tübus. Mindestens auf die Höhe des Semestertickets der Studierenden. Hinweis der Verwaltung: *siehe Anmerkung letzte Seite
Epl. 2	2911		Schulkindbetreuung										
234	2911	4000	Personalausgaben	4.483.180					+178.500 +105.500				Linke: 3,81 Stellen Schulkindbetreuung 2,0 Stellen Schulsozialarbeit
Epl. 3	3212		Fachabteilung Stadtmuseum										
248	3212	xxxx	Errichtung eines kleinen Schwarzwälder Kirschtorten Museums	0							+5.000		Vogt: Es handelt sich um ein Museum, das als Dauerausstellung auch in einem bestehenden städtischen Gebäude eingeführt werden kann. Das einzige Ausstellungsstück ist eine Schwarzwälder Kirschtorte, die in wechselnder Besetzung von Tübinger Bäckern/Konditoren hergestellt werden soll. Hinweis der Verwaltung: Widerspricht der Dienstvereinbarung Suchtprävention Punkt 3.3 Keine Verkauf von alkoholischen Speisen und Getränken in Verwaltungsgebäuden
Epl. 3	3310		Theater										
252	3310	7020	Zuschuss an das Tübinger Zimmertheater	393.500	+32.000		+20.000		+11.000				AL/Grüne: Indexierung für Tarifierhöhung soll auch für Tarifierhöhung verwendet werden! Halbe Stelle dazu für PR SPD: Tarifliche Lohnsteigerung umsetzen Linke: Anpassung an die Tarifsteigerung Hinweis der Verwaltung: Die Tarifsteigerung beträgt lt. dem Zimmertheater 11.000€

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2016

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	lt. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Vogt	Stadtrat Steinhilber	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
Epl. 3	3400		Sonstige Kunstpflege										
254	3400	7000	Zuschüsse an Kulturvereinigungen	651.100	+11.500	-6.000	+20.000	-6.000 +2.261 +95					<p>AL/Grüne: Erhöhung der Personalmittel für das Deutsch-amerikanisches Institut Tübingen (d.a.i.) von 66.350 € auf 77.850 €</p> <p>CDU: Club Voltaire keine Zuschusserhöhung</p> <p>SPD: Dynamisierung des Personalkostenanteils bei Zuschussempfängern mit Tarifbeschäftigten (d.a.i., ICFA etc.)</p> <p>Tübinger Liste: Club Voltaire: -6.000 € Begründung allein trägt Zusatzkosten im Vergleich zu gleichartigen Kulturvereinen nicht. Zuschusserhöhung i.S. der Gleichbehandlung nicht nachvollziehbar. Sängerkrantz Harmonie: Verein hatte früher günstigen Probenraum im Salzstadel. Durch den langen Umbau ist nun der Proberaum im Schlatterhaus - Mehrkosten (unverschuldet). Günstigere Alternative nicht in Sicht. +2.261 € Silcherbund: +95 €</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Der Sängerkrantz Harmonie wird bisher gefördert über den Regelzuschuss an die Chorgemeinschaft (11.800 €), den diese an ihre Mitglieder (15 Chöre), abhängig von der Mitgliederzahl des jeweiligen Chores, verteilt. Aus Gründen der Gleichbehandlung müsste daher das komplette Verfahren geändert werden. Entweder die Chorgemeinschaft löst sich auf und alle Chöre beantragen Einzelzuschüsse oder der Sängerkrantz scheidet aus der Chorgemeinschaft aus und stellt einen eigenen Antrag (dann müsste wiederum der Zuschuss an die Chorgemeinschaft gekürzt werden). Dasselbe gilt für den Antrag des Silcherbundes.</p>
254	3400	7001	Förderung von Kulturprojekten	162.230	+13.500		+10.000						<p>AL/Grüne: Zuschuss für d.a.i. für eine Telefonanlage und Erstellung einer neuen Website</p> <p>SPD: Zuschuss für d.a.i. für eine Telefonanlage und Erstellung einer neuen Website</p>
Epl. 3	3410		Heimatspflege										
256	3410	5310	Ausgaben für Stadtbeleuchtung an swt	30.000	-5.000		-10.000						<p>AL/Grüne: Rechnungsergebnis 2014 war niedriger</p> <p>SPD: Bei HH-Lesung 20.000 € sind ausreichend</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Rechnungsergebnis 2014 22.955 €</p>
256	3410	6753	Ersätze an KST	18.000					+7.500				<p>Linke: Blumenschmuck zwischen Schleifmühlweg und Schwärzlocherstraße an der Ammer</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Investition beläuft sich auf 4.000 €; Pflanzen ca. 500 € und das Gießen und die Pflege 3.000 €</p>

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2016

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	lt. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Vogt	Stadtrat Steinhilber	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
Epl. 3	3500		Volkshochschule										
258	3500	7010	Zuschuss an die Volkshochschule	347.000			+15.000						SPD: Tarifliche Lohnsteigerung umsetzen
258	3500	7012	Zuschuss für Interkulturelles Spielmobil	30.000				-20.000					Tübinger Liste: Laut Haushaltkompromiss 2015 sollte Einsatz und Wirksamkeit dargelegt werden. Höhe der Kosten nicht nachvollziehbar Hinweis der Verwaltung: siehe Vorlage 804b/2014: Die Förderung ist zunächst auf zwei Jahre befristet (2015 und 2016). Die VHS legt 2016 eine Evaluation vor anhand derer die weitere Förderung geprüft wird.
Epl. 4	4001		Seniorenarbeit										
246	4001	7000	Zuschüsse an soziale Einrichtungen	72.420			+1.800	+1.800					SPD: Zuschuss Altenbegegnungsstätte "Hirsch", siehe Antrag Druckkosten/Programm Tübinger Liste: Hirsch Begegnungsstätte für Ältere e.V. erhöhte Druckkosten Programm (das heutige Programm ist nicht seniorengerecht und unübersichtlich)
Epl. 4	4300		Altenhilfe Tübingen gGmbH										
270	4300	7150	Zuschuss an AHT gGmbH	44.000					+146.200				Linke: Übernahme der Leistungsraten Zinsen und Tilgung von der Stadt. AHT benötigt finanzielle Entlastung und mehr Personal.
Epl. 4	4360		Betreuung und Anschlussunterbringung von Flüchtlingen und Einwanderern										
274	4360	1710	Zuweisungen vom Land	32.500						+20.000 +40.000			FDP: Landeszuweisungen zur Mitfinanzierung von lokalen Bündnissen für Flüchtlingshilfe Wurde neu in den Haushaltsplan 2016 des Landes aufgenommen. Betrag wurde anteilig auf 2 Mio. € geschätzt Landeszuweisungen zur erweiterten Mitfinanzierung kommunaler Integrations- und Flüchtlingsbeauftragter Erhöhung des Haushaltsansatzes beim Land von 4 Mio. € auf 9 Mio. €; Anteil geschätzt Hinweis der Verwaltung: HHSt. 1.4360.1710.000 32.500€ sind etatisiert. Aus dem Landesprogramm "Gemeinsam in Vielfalt - Lokale Bündnisse für Flüchtlinge" liegt ein Zuwendungsbescheid über 15.000€ vor. Aus der VwV Integration des Landes wurde eine 50 % Stelle "Kommunale/r Flüchtlingsbeauftragte/r" beantragt. Für 2016 wurden 17.500 € etatisiert. Die Festbetragsfinanzierung beläuft sich auf 3 Jahre in Höhe von 52.500€. Der Zuwendungsbescheid wird im Januar 2016 erwartet.
274	4360	5771	ÖPNV-Fahrkarten für Flüchtlinge	1.500			+3.500						SPD: Bedarf ist den steigenden Zahlen anzupassen Hinweis der Verwaltung: Mittel können bei der "Deckungsreserve Integration Flüchtlinge" beantragt werden. HH-Ansatz 2016 400.000€ HHSt. 1.9100.8505.000

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2016

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	lt. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Vogt	Stadtrat Steinhilber	Bemerkungen	
					12	8	7	5	4	2	1	1		
Epl. 4	4600		Jugendhäuser/Offene Jugendarbeit											
277	4600	7003	Zuschuss Kinder- und Jugendfarm	84.000	+16.000	+15.000	+15.000		+48.000				AL/Grüne: 0,3 Stellen für BuFDiS für die Unterstützung der Flüchtlinge CDU: 0,33 Stellen SPD: Beschäftigung eines BuFDi, damit mit geringem Mehrinvest größerer Effekt Linke: Zur Ermöglichung von Halbtagsbetrieb in Ganztagsbetrieb einzusteigen	
Epl. 4	4601		Förderung der Jugendhilfe											
279	4601	7050	Zuschüsse an Einrichtungen der Jugendhilfe	144.110			+5.400		+15.000				SPD: Städtischer Zuschuss für Zirkus Zambaioni (Orientierung an Mietkosten) Linke: 30.000 € Zuschuss (statt 15.000€) für Zirkus Zambaioni	
Epl. 4	4642		Kindertagesbetreuung in städtischer Trägerschaft											
281	4642	1710	Landeszuweisungen § 29b FAG	2.809.000									FDP: Die Summen der Zuweisungen des Landes nach §§ 29b und 29c FAG sind einer vom statistischen Landesamt erstellten gemeindeschaffen Berechnung entnommen, die das MFW dem Gemeindegang zur Verfügung gestellt hat. § 29b FAG; 41.632 € § 29c FAG; 293.335 € Hinweis der Verwaltung: siehe Vorlage 827/2015	
281	4642	1712	Landeszuweisungen § 29c FAG	4.313.780						+41.632				
Epl. 4	4644		Kindertagesbetreuung in freigemeinnütziger Trägerschaft											
285	4644	1710	Landeszuweisungen § 29b FAG	1.942.000						+293.355				
285	4644	1712	Landeszuweisungen § 29c FAG	5.093.170										
Epl. 4	4642		Kindertagesbetreuung in städtischer Trägerschaft											
281	4642	1100	Betreuungsgebühren	3.282.000					-1.121.000				Linke: Änderung der Gebührenordnung auf 1000er bzw. 5000er Schritte Letztes Kita-Jahr gebührenfrei Hinweis der Verwaltung: Änderung Gebührenordnung auf 5000er Schritte kostet (Wenigereinnahmen bzw. höherer Zuschuss) UA 4642, Gruppierung 1100 94.000 € / Jahr UA 4644, Gruppierung 7000 51.000 € / Jahr UA 2911, Gruppierung 1100 4.000 € / Jahr Das kostenfreie letzte Kindergartenjahr kostet (Wenigereinnahmen bzw. höherer Zuschuss) UA 4642, Gruppierung 1100 651.000 € / Jahr UA 4644, Gruppierung 7000 321.000 € / Jahr	
281	4642	1701	Zuweisungen Bund für Sprache und Integration (Schwerpunkt Kitas)	207.000						+60.000			FDP: Ergänzende Landeszuweisungen zu Schwerpunkt Kitas Bundesförderung Aus dem Haushaltsplan des Landes beteiligt sich das Land mit einem Anteil von 30% an dem in 571 Tageseinrichtungen etablierten Bundesprogramm "Frühe Chancen - Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration. Tübinger Anteil min. 60.000€ Hinweis der Verwaltung: Konkrete Umsetzung für Tübingen noch unklar, Programme des Landes liegen noch nicht vor	

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2016

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Vogt	Stadtrat Steinhilber	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
281	4642	1715	Landeszuweisungen zur Weiterentwicklung von Kitas zu Kinder- und Familienzentren incl. Pauschale für Leitungszeit	0						+10.000			FDP: Neu in den Haushaltsplan des Landes aufgenommen mit 2. Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 2015/16; Betrag geschätzt, anteilig von 4 Mio. € Hinweis der Verwaltung: Neue Haushaltsstelle Konkrete Umsetzung für Tübingen noch unklar, Programme des Landes liegen noch nicht vor
281	4642	4000	Personalausgaben	20.708.800					+45.000				Linke: 5 weitere Praxisintegrierte Ausbildungsstellen für Erzieher/innen (PIA) in städtischen Einrichtungen ohne Anrechnung. Hinweis der Verwaltung: Zusätzliche 5 PIA-Stellen ohne Anrechnung auf den Fachkraftschlüssel belaufen sich auf 2016: 22.000 Euro (ab 01.09.) 2017: 69.000 Euro 2018: 74.500 Euro 2019: 51.600 Euro
Epl. 4	4700		Förderung der Wohlfahrtspflege										
287	4700	7000	Zuschüsse an soziale Einrichtungen	260.840					+6.000 +10.000				Linke: Umzug und Elektroarbeiten für Tübinger Arbeitslosenhilfe e.V. Erstmalige Projektfinanzierung für Tübinger Sozialvereine, die Beratungsaufgaben übernehmen. Zuschuss soll als Zuschlag auf Monatskarten des Stadtverkehrs für ehren- und hauptamtliche Mitglieder ausbezahlt werden.(Nicht mehr wie 50%)
Epl. 5	5500		Förderung des Sports										
289	5500	7040	Zuschuss Innovative Sportförderung	2.500					+2.500				Linke: Weiterführung der HH-Stelle Zuschuss für Innovative Sportförderung mit 5.000 €
Epl. 5	5800		Park- und Gartenanlagen										
294	5800	5100	Unterhaltung von Park - und Gartenanlagen	20.000	+5.000								AL/Grüne: "Alte Lindenallee" Pflegeplan und Pflanzung einer Hecke hinter dem Rondell
Epl. 6	6013		Fachabteilung Hochbau										
297	6013	4000	Personalausgaben	534.250					+66.500 +55.500				Linke: 1,0 Stellen Projektleitung Hochbau 1,0 Stellen Bautechniker
Epl. 6	6100		Fachabteilung Stadtplanung										
299	6100	6013	Verkehrsentwicklungsplan	0	+50.000								AL/Grüne: Aufteilung der Gesamtkosten von 100.000 € (2016 50.000 € / 2017 50.000 €) Generalverkehrsplan

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2016

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	lt. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Vogt	Stadtrat Steinhilber	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
Epl. 6	6200		Wohnungsbauförderung										
305	6200	4000	Personalausgaben	75.380			+25.000						<p>SPD: : Momentane hohe Auslastung durch Flüchtlinge, Stellenausweitung erforderlich Wohnbau-Beauftragte/r 0,5 AK</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Hochrechnung 33.200 € siehe Vorlage 313/2014 Stellenschaffung zugesagt</p>
305	6200	5751	Schaffung günstigen Wohnraums	0			+0		Betrag nicht bezifferbar				<p>SPD: mit Haushaltsrest i.H.v. 200.000 € soll insbesondere genossenschaftliches Bauen gefördert werden Linke: Maßnahmen gegen Zweckentfremdung und Leerstand von Wohnraum. Die neuen rechtlichen Möglichkeiten anwenden.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Für neue rechtliche Möglichkeiten wäre eine Zweckentfremdungssatzung notwendig</p>
Epl. 6	6750		Straßenreinigung										
311	6750	5402	Entsorgung Straßenkehricht	164.720	-24.720		-14.720						<p>AL/Grüne: Rechnungsergebnis niedriger SPD: Bei HH-Lesung 150.000 ausreichend</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Der bisherige Haushaltsansatz für die Entsorgung des Straßenkehrichts von 164.720 € sollte bestehen bleiben, weil sich nach der Submission vom 10.11.2015 herausgestellt hat, dass die Kosten für Abfuhr und Verwertung des Straßenkehrichts ab 01.12.2015 um 21 % erhöhen werden.</p>
311	6750	5720	Streumaterial	105.000	-15.000								AL/Grüne: Rechnungsergebnis niedriger
Epl. 7	7921		Öffentlicher Personenverkehr										
329	7921	7130	Zuschuss Jobticket	200.000				-200.000 spätestens ab 2017	+0				<p>Tübinger Liste: Die Förderung des Jobtickets wurde vertraglich bis 2016 dem UKT zugesagt. Es war seinerzeit als grundsätzlich einmalige Anschubfinanzierung gedacht und verhandelt. Inzwischen sind zudem Landesregelungen in Kraft getreten, über die hinaus es keiner Sonderförderung der Kommune bedarf. Letztlich war der ursprünglich intendierte Effekt des Jobtickets nicht eingetreten. Die Förderung sollte nicht fortlaufen sondern mit Inkrafttreten der Landesregelung für 2016 pro rata gekürzt und ab 2017 ganz beendet werden.</p> <p>Linke: Jobticket für städtische Beschäftigte dringend erforderlich entsprechend der Klimaschutzoffensive</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Es besteht eine vertragliche Bindung bis Ende 2016. Eine Streichung ist derzeit nicht möglich. Die Stadt ist in Verhandlung mit naldo und den Stadtwerken .</p>
329	7921	XXXX	Machbarkeitsstudie Regionalseilbahn	0							+50.000		Vogt: Neu in den Haushalt mit aufnehmen

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2016

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	lt. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Vogt	Stadtrat Steinhilber	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
Epl. 7	7950		Wirtschafts- und Gewerbeförderung										
332	7950	6310	Mietzuschüsse Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH	631.700					-631.700				<p>Linke: Obere Viehweide; Streichen der Mietzuschüsse von 461 000€ im Jahr 2015, 481.000€ im Jahr 2014 usw. plus Folgekosten.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Laut § 11 des Gesellschaftsvertrags kann mit einer Frist von 24 Monaten zum Ende des Geschäftsjahres gekündigt werden</p>
332	7950	7150	Zuschuss an Wirtschaftsförderungs- gesellschaft	650.000					-650.000				<p>Linke: WIT soll aufgelöst werden</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Kündigungsfrist nach § 5 des Gesellschaftsvertrags 6 Monate zum Geschäftsjahresende</p>
332	7950	7152	Zuschuss Bio Regio Stern Management GmbH	125.000					-125.000				<p>Linke: Einsparen und zum nächst möglichen Zeitpunkt kündigen</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Gemeinderat hat am 01.10.2012 (Vorlage 325/2012) dem Abschluss einer Sondervereinbarung über einen jährlichen Sonderzuschuss zugestimmt. Diese kann erstmals am 30.06.2016 zum 31.12.2017 gekündigt werden</p>
332	7950	7153	Zuschuss Standortagentur TÜ- RT-Neckar-Alb GmbH	12.000					-12.000				<p>Linke: Zum nächst möglichen Zeitpunkt kündigen</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Nach § 25 des Gesellschaftsvertrags Kündigungsfrist 12 Monate zum Geschäftsjahresende</p>
Epl. 8	8300		Stadtwerke										
333	8300	2100	Jahresgewinn	721.700					Hallenbad Parkhäuser Absenkung Tübus Öffentlichkeit Sitzungen				<p>Linke: Ein Hallenbad auch im Sommer offen</p> <p>Abriss der automatischen Parkhäuser Loretto und Franz. Allee und durch konventionelle Parkhäuser ersetzen. Parkhäuser erzielen zu hohe Verluste.</p> <p>Absenkung der Schülertickets im städtischen Tübus. Mindestens auf die Höhe des Semestertickets der Studierenden.</p> <p>Auch die Vorberatungen und die Aufsichtsräte tagen öffentlich, wie es das Informationsfreiheitsgesetz vorsieht.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: *siehe Anmerkung letzte Seite</p>
Epl. 9	9000		Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen										
340	9000	0010	Grundsteuer B	16.000.000					-1.714.300				<p>Linke: Hebesatz von 560 auf 500 senken</p>
340	9000	0410	Finanzzuweisung des Landes nach § 5 FAG (Schlüsselzuweisungen)	53.666.900	+1.400.000								<p>AL/Grüne: Mehreinnahmen lt. FinMin BW (Novemberschätzung), daher mehr einstellen im VwHH</p> <p>Hinweis der Verwaltung: mit Änderungsliste angepasst</p>

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2016

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	lt. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Vogt	Stadtrat Steinhilber	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
Epl. 9	9100		Allgemeine Finanzwirtschaft										
342	9100	8500	Deckungsreserve Klimaschutz	200.000				-100.000					<p>Tübinger Liste: Neben der allgemeinen Bedenken gegen eine generelle Haushaltsallokation von Einnahmeposten für einzelne Verwendungszwecke ohne Darlegung der geplanten Verwendung, erscheint uns diesjährig der Betrag enorm hoch. Für die Zukunft erwarten wir ein Vorschau auf die Maßnahmen des folgenden Jahres um vernünftige Haushaltsansätze bei diesem Haushaltsposten verantworten zu können. Bisher waren 50.000 € im 2015er Haushalt angesetzt. Bereits bei der Verdoppelung auf 100.000 € fürchten wir Verzettelung der Gelder. Aus den genannten Gründen max. eine Verdoppelung. Restbetrag zumindest <u>Sperrvermerk</u></p> <p>Hinweis der Verwaltung: Die angemeldeten 200.000 Euro sind notwendig, um mit entsprechender Planungssicherheit die Umsetzung bzw. Weiterentwicklung des einstimmigen Beschlusses zur Fortschreibung der Klimaschutzoffensive (Vorlage 305/2015) anzugehen.</p>

*** Hinweis der Verwaltung/Stellungnahme der swt****1) Ein Hallenbad auch im Sommer offen**

Rein technisch ist eine weitere Reduzierung der Betriebspause des Uhlbadbades theoretisch möglich. Es ist für die drei zusätzlichen Wochen (das UB ist die letzten 3 Ferienwochen schon in Betrieb) mit Mehrkosten von mindestens ca. 35.000 € zu rechnen. Voraussetzung wäre zudem eine entsprechende personelle Umplanung, die ohne zusätzliche Mehrkosten voraussichtlich nicht darstellbar ist. Die Beschlusslage im Aufsichtsrat der swt ist zudem eindeutig. Das Thema Sommerpausenschließzeiten des Uhlbadbades wurde dort in der letzten Sitzung am 03.12. behandelt, ein dem Vorbringen der Fraktion entsprechender Antrag lag weder zur Sitzung noch liegt er jetzt vor. Ein anders lautender Beschluss über den Gemeinderat würde an dieser Stelle (es geht auch um Personalplanung) die Arbeitnehmer-Mitbestimmung im Aufsichtsrat der Stadtwerke bewusst aushebeln, auch vor dem Hintergrund der anderslautenden Beschlusslage. Dies unterstützen die swt nicht.

2) Abriss der automatischen Parkhäuser Loretto und Franz. Allee

Die swt streben schnellstmöglich eine Nachfolgelösung für die automatischen Bestandsparkhäuser an. Sinnvolle Umbauten im Bestand sind nicht möglich, so dass derzeit gemeinsam mit der Stadtverwaltung die Handlungsoptionen im näheren Umfeld der Parkhäuser geprüft werden. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke wird voraussichtlich im Laufe des kommenden Jahres über Handlungsalternativen beraten, die im Wesentlichen auch von geeigneten Alternativstandorten abhängig sind.

3) Absenkung der Schülertickets im städtischen Tübus

Entscheidungen über Tarifgestaltung werden im Verkehrsbeirat der Stadtwerke vorbereitet und diskutiert. Entscheidungen, die zu deutlichen Ergebnisverschlechterungen führen sind zudem seit letztem Jahr im Aufsichtsrat der Stadtwerke zu diskutieren und zu entscheiden. Die Einführung eines ermäßigten Tarifs innerhalb des Stadttarifs Tübingen unterliegt zudem der Zustimmung des Aufsichtsrates des naldo und der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Tübingen. Die Umsetzung dürfte mindestens ein Jahr in Anspruch nehmen. In jedem Fall sind Mindereinnahmen durch individuelle Tarifgestaltungen im Stadtverkehr Tübingen dem naldo ggü. auszugleichen, sodass Mehrkosten durch Einnahmefälle, die nicht kurzfristig prognostiziert werden können, durch allgemeine Tarifierhöhungen oder ggf. die Stadt auszugleichen wären. Bei Tarifierhöhungen wären soziale Härten zu erwarten, die die swt in jedem Fall vermeiden wollen. Die Bezugnahme im Antrag zum Semesterticket der Studierenden legt nahe, dass die beantragende Fraktion das für die Studenten geltende Solidarprinzip auch bei den Schüler-Monatskarten einführen will. Im Ergebnis würde das bedeuten, dass auch Eltern von Schulkindern, die keine Beförderungsleistungen in Anspruch nehmen, zum Solidaritätszuschlag herangezogen werden sollen, wie es vom Prinzip her bei den Semestertickets gilt. Nur dadurch ist der Semesterticketpreis erzielbar. Die Zulässigkeit eines solchen Systems wurde bisher nicht geprüft, scheint aber äußerst fragwürdig.

4) Öffentlichkeit von Sitzungen

Eine Pflicht zur Zulassung der Öffentlichkeit bei Aufsichtsratssitzungen können wir weder aus dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes noch dem Gesetzentwurf des Landes Baden-Württemberg erkennen. Wir sind der Meinung, dass die durch den Antrag suggerierte Verpflichtung nicht besteht.

Aus Sicht der swt wird die weitere Öffnung von Gremiensitzungen abgelehnt. Zum einen ist wichtig, dass personenbezogene Daten sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse eines im Wettbewerb stehenden Unternehmens umfassend geschützt werden. Dabei spielt auch der Schutz der Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat eine gewichtige Rolle. Dies lässt sich bei Öffnung der Sitzungen nicht gewährleisten, da die Mehrzahl der Beschlussgegenstände einen direkten Bezug zu Betriebsinterna hat. Zudem hat sich die Vertraulichkeit der Sitzungen insbesondere bei kontrovers diskutierten und unpopulären Themen bewährt, da im geschützten Raume eine Versachlichung der Diskussion ermöglicht wird.